Günzburger Zeitung vom 02.05.2016

Mehr. Gerechtigkeit. Jetzt.

1. Mai Bei den Kundgebungen zum „Tag der Arbeit" in Günzburg und Offingen machen die Redner vor allem eines deutlich: Es entsteht immer mehr sozialer Sprengstoff

VON WALTER KAISER

Günzburg/Offingen Die Zeiten waren mehr als schwierig. Mitten im Bürgerkrieg, mitten auf dem Schlachtfeld von Gettysburg verkündete der legendäre US-Präsident Abraham Lincoln 1863 seine politische Maxime: „Eine Regierung des Volkes, mit dem Volk und für das Volk". In schwierigen Zeiten sind heute auch Deutschland und Europa. Deshalb würde sich Sigrid Skarpelis-Sperk von der Bundesregierung und der EU-Kommission mehr vom Geiste Abraham Lincolns wünschen. Stattdessen würden überwiegend Phrasen gedroschen. Und statt eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu betreiben, werde Großkonzernen, Finanzzockern und den Reichen noch immer freie, sprich unsoziale Hand gelassen, kritisierte die langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete bei der Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) im Günzburger Forum.

Deutschland habe viele Krisen gemeistert. Etwa nach dem Krieg, als mehr als zwölf Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene integriert und Wohnungen für acht Millionen Ausgebombte gebaut werden mussten. „Wir haben das gemeinsam geschafft, allerdings nicht mit der schwarzen Null von Finanzminister Schäuble." Skarpelis-Sperk, eine promovierte Volkswirtin, gehört dem eher linken Flügel der SPD an. Hörbar leidet die 71-Jährige unter der Politik der vergangenen Jahre, auch der ihrer eigenen Partei. Sie habe den Eindruck, dass die (Schein-) Eliten aus Wirtschaft und Politik die dramatische Lage noch nicht begriffen hätten. Dabei baue sich gewaltiger sozialer Sprengstoff auf. Immer mehr Menschen fühlten sich abgehängt und ungerecht behandelt. Etwa durch prekäre und zunehmend belastende Arbeitsverhältnisse, die skandalöse Forderung nach einer Rente mit 70 oder das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU, das letztlich nur einigen wenigen diene, aber viele zu Verlierern mache.

Derweil feierten Steuerhinterziehung, Steuertricks und Finanzzockerei nach wie vor fröhliche Urständ. Da sei es kein Wunder, dass 40 Prozent der Bundesbürger nicht mehr an die Wahlurnen gehen oder in extremistische Lager nach rechts und links abwandern. „Da müssten bei den etablierten Parteien die Alarmglocken schrillen." Stattdessen werde mit inhaltsleeren Floskeln wie „Wir schaffen das" operiert. Weder Einheimischen noch Flüchtlingen sei mit dem unsinnigen Sparditkat der schwarzen Null gedient. Auch nicht den Ländern in Südeuropa. „Da lassen wir eine ganze Generation vor die Hunde gehen." Vielmehr müsse endlich die Infrastruktur verbessert und die junge Generation, auch Flüchtlinge, in Bildung und Ausbildung gebracht werden. Die Rednerin forderte einen Sondergipfel von Bund, Ländern und Kommunen für einen Finanzfahrplan. „Wir brauchen eine Erneuerung in unserem Land."

Für soziale Gerechtigkeit und faire Löhne vor dem Hintergrund laufender Tarifverhandlungen sprachen sich vor den etwa 50 Besuchern der Mai-Kundgebung die Günzburger DGB-Ortsvorsitzende Helga Springer-Gloning, der DGB-Kreisvorsitzende Werner Gloning und der IG-Metall-Bevollmächtigte Günter Frey aus. Oberbürgermeister Gerhard Jauernig (SPD) forderte mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft, sowohl gegenüber sozial Schwachen wie gegenüber Flüchtlingen – auch mit Blick auf Probleme der jungen Generation und der Sorge um Rente und Altersarmut.

Die traditionellen Kundgebungen zum „Tag der Arbeit" am 1. Mai werden allerdings immer mehr zur Ausnahme. Im Alt-Kreis Günzburg gibt es nur noch zwei – eine in Günzburg und eine in Offingen. Im dortigen Sportheim fanden sich etwa 30 Besucher zu einer Veranstaltung der Gewerkschaft IG Bau und der örtlichen SPD ein. Sie waren von Albert Schuster, Vorsitzender der IG Bau Nordschwaben-West aus Gundremmingen, begrüßt worden. Überwiegend waren die Gäste Vertreter älterer Jahrgänge. Dabei, so die Redner, gehe es bei Lohn- und Sozialpolitik auch um die Zukunft der jungen Generation. Die war aber weitgehend abwesend.

Um den hart arbeitenden Menschen ein verträgliches Einkommen und eine auskömmliche Rente zu ermöglichen, sei der Schulterschluss

> **„Bei den etablierten Parteien müssten die Alarmglocken schrillen."**
> Sigrid Skarpelis-Sperk

von Gewerkschaften und SPD unerlässlich, betonten Karl Bauer, der Regionalleiter Bayern der IG Bau, und der Offinger SPD-Vorsitzende Volker Eberle. In der Großen Koalition in Berlin habe die SPD eine Reihe von Fortschritten durchgesetzt, erklärte Eberle. Etwa den Mindestlohn, die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren oder die überfälligen Investitionen in die Infrastruktur. Während sich die Unions-Parteien noch über Obergrenzen bei den Flüchtlingen gestritten hätten, habe sich die SPD erfolgreich für ein Gesetz nach dem Motto „Fördern und fordern" für Zuwanderer und Flüchtlinge starkgemacht. Leider würden diese Errungenschaften den Sozialdemokraten in der Bevölkerung nicht positiv angerechnet, bedauerte Eberle, weshalb sich die SPD im Umfragetief befinde. Seine Partei dürfe sich aber nicht entmutigen lassen. Sie müsse für soziale Gerechtigkeit, faire Löhne, ein Gesetz für die geregelte Einwanderung und den Kampf gegen die AfD eintreten.

Karl Bauer ging auf die Tarifverhandlungen im Bauhauptgewerbe ein. Die IG Bau fordere angesichts „der boomenden Branche" eine Lohnerhöhung von 5,9 Prozent. Das Angebot der Arbeitgeber von 1,3 Prozent in diesem und 1,8 Prozent im kommenden Jahr sei eine „riesengroße Sauerei", sagte Bauer. Nicht nur in der Baubranche verrichteten die Beschäftigen „Knochenjobs", derweil die Reichen unbehelligt ihr Geld am Fiskus vorbeijonglierten. Deshalb müsse auch künftig für soziale Gerechtigkeit, für eine angemessene Entlohnung der Arbeitnehmer und für eine angemessene Rente gekämpft werden. Bauer: „Wir brauchen eine Bürgerrente, in die alle einzahlen. Wir brauchen damit eine Wende in der Rentenpolitik." Wer die Rente mit 70 fordere, sei „durchgeknallt", wer Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken lasse, handele unmenschlich. „Grenzen und Augen zu" sei keine Lösung. Die vielfach vorherrschende Fremdenfeindlichkeit erinnere an „die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte". Bürgermeister Thomas Wörz (SPD) zeigte sich stolz, dass es in Offingen seit 42 Jahren eine Mai-Kundgebung gibt. Sozialdemokraten und Gewerkschaften seien gefordert, sich für bessere Lebensbedingungen einzusetzen und ein Zeichen gegen den Rechtsruck der Gesellschaft zu setzen.

Teils heftige Kritik an der momentanen Politik übten die Redner bei der Mai-Kundgebung des DGB in Günzburg. Das Foto zeigt (von links) den IG Metall-Bevollmächtigten Günter Frey, die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk, den DGB-Kreisvorsitzenden Werner Gloning, die DGB-Ortsvorsitzende Helga Springer-Gloning und Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. Foto: Greta Kaiser

Für eine gerechtere Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik sprachen sich die Redner bei der Maikundgebung von Industriegewerkschaft Bau und SPD in Offingen aus. Das Foto zeigt (von links) die Redner Albert Schuster von der IG Bau aus Gundremmingen, den Offinger Bürgermeister Thomas Wörz, den Offinger SPD-Vorsitzenden Volker Eberle und Karl Bauer, den Regionalleiter Bayern der IG Bau. Foto: Greta Kaiser

Memminger Zeitung vom 02.05.2016

„Höchste Zeit für mehr Solidarität"

Gewerkschaft fordert ein Umdenken

Memmingen „Stell Dich mitten in den Weg", forderte der politische Aktivist und Magier Donatus Weinert beim gestrigen Familientag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Memminger Stadthalle. Die Anlässe, seine Stimme zu erheben, lieferte er im Wechselspiel mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Ludwin Debong: „Wenn 29 Prozent in Deutschland befürworten, notfalls auf Flüchtlinge zu schießen", wenn Politiker „Abschottung um jeden Preis" fordern, wenn (Zitat Papst Franziskus) „diese Wirtschaftsordnung tötet".

Ludwin Debong

Die Forderung des DGB, wie auch der mitveranstaltenden Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) ist deshalb ein „schnell spürbarer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Paradigmenwechsel". „Fairer statt freier Handel, Verteilungsgerechtigkeit statt Spaltung und Ausgrenzung" sind für Ludwin Debong das Gebot der Stunde. Das DGB-Motto dieses Jahres lautet „Höchste Zeit für mehr Solidarität".

Gegen Sonntagsarbeit

Ähnlich äußerten sich Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, mehrere Betriebsräte und der Betriebsseelsorger Christian Dorn zu den aktuellen gesellschaftlichen Aufgaben. Bei einem Empfang im Rathaus zum Tag der Arbeit betonte Holzinger: „Das Sonntagsarbeitsverbot darf nicht weiter aufgehoben werden, das ist die Haltung des Deutschen Städtetags und auch im Stadtrat hat man sich mehrheitlich dafür ausgesprochen. Wir sind da ganz auf Seiten der Gewerkschaften." *(wam)*

Neu-Ulmer Zeitung vom 02.05.2016

Viele Stimmen für die Vielfalt

Maifeier Hunderte zogen gestern unter dem Motto „Zeit für mehr Solidarität" bei der Demo des Gewerkschaftsbunds durch Ulm. Sie bekamen auch zornige Worte zu hören

VON JENS CARSTEN

Ulm Gegen fremdenfeindliche Ressentiments und für faire Löhne und Gehälter: Mit Forderungen wie diesen haben Dutzende Gewerkschaften und Vereine gestern in Ulm den Tag der Arbeit begangen. Rund 1200 Teilnehmer zogen pfeifend, trommelnd und Fahnen schwenkend vom Weinhof aus durch die Stadt und wollten so erklärtermaßen ein Zeichen für gerechte Arbeitbedingungen, aber auch für Menschenrechte setzen – Vielfalt statt Hass lautete das Credo. Begleitet von wummernden Bässen aus Lautsprecherboxen versammelten sich die Demonstranten dann auf dem Münsterplatz zu einer zentralen Feier.

Dort fand Roman Zitzelsberger, der Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, deutliche Worte zum Motto „Zeit für mehr Solidarität", dem Leitgedanken der diesjährigen Maiveranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Zitzelsberger entwarf vor rund 2000 Zuhörern vor dem Münster das Bild einer Gesellschaft, in der jeder ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Dazu sei ein „Kurswechsel" notwendig: weg von „maßlosen Vorständen" großer Unternehmen hin zu einer gerechteren Verteilungspolitik.

Mehr Solidarität – das Motto der Maikundgebungen – sei aktueller denn je, fand Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch mit Blick auf die Flüchtlingsströme. Rund 1600 Menschen suchten momentan in der Donaustadt Schutz. Ulm verstehe sich als soziale Stadt und wolle Heimat für alle bieten, mehrfach in der Geschichte seien Flüchtende aufgenommen worden: „Heute gehören sie wie selbstverständlich dazu." Wenn Menschen sich darum Sorgen machten, gelte es, Orientierung zu schaffen, sagte Czisch und stellte gleichzeitig fest, das Asylrecht sei nicht verhandelbar. Rechte Parolen und Angstmacherei hätten keinen Platz in Ulm.

Die Lacher auf ihrer Seite hatten die jungen DGBler mit ihrem Auftritt in Kostümen: Sie erzählten von einem jungen Mann (in einem Körperfett-Anzug und Perücke), der eigentlich Prinzessin sein wollte – aber dann Mechaniker wurde und sich in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gefangen sah. Gerettet wurde er von „der Gewerkschaft" in blauem Superhelden-Outfit.

Seija Knorr von der Verdi-Jugend sprach sich für bessere Bezahlung von Auszubildenden und Berufseinsteigern aus. „Wir sind nicht zu jung für gute Arbeitsbedingungen, wir sind eure Zukunft", mahnte sie.

Rund 1200 Menschen haben sich gestern anlässlich des Tags der Arbeit in Ulm an einem Zug durch die Stadt beteiligt. Dazu hatten die Gewerkschaften unter dem Motto „Zeit für mehr Solidarität" aufgerufen. Fotos: Felix Oechsler

Auch Vereine von Eingewanderten artikulierten ihre politischen Forderungen.

Auf dem Münsterplatz stieg dann die Maifeier mit Essen und Musik.

Eine wütende Rede hielt Baris Cakti für die Plattform der demokratischen Kräfte in Ulm: Hart ging er mit der politischen Lage in der Türkei ins Gericht, die von Verhaftungen geprägt sei. In den kurdischen Gebieten seien Tötungen an der Tagesordnung, behauptete der Sprecher und bezeichnete Präsident Recep Tayyip Erdogan als „Diktator". Es sei Aufgabe aller demokratischen Kräfte, gegen dieses Vorgehen zu protestieren, gerade am 1. Mai, dem Tag der Arbeiter und der Unterdrückten, wie Cakti sagte. Auch wenn seine scharfen verbalen Attacken dem Vernehmen nach beim Publikum nicht durchweg auf Zustimmung stießen, so gab es großen Beifall der Aktivisten und Mitglieder der zahlreich vertretenen Vereine von Menschen mit Migrationshintergründen.

Mit großem Engagement sprach der katholische Betriebsseelsorger Michael Brugger zu Beginn des Mai-Umzugs auf dem Weinhof. Unmenschlich, traurig und gefährlich sei das, was politisch rechte Gruppen und Parteien „durch die Straßen schreien". Die Alternative für Deutschland (AfD) und Pegida verkehrten den Slogan „Wir sind das Volk" aus dem Freiheitskampf in der damaligen DDR in sein Gegenteil. „Das ist pervers." Ein „Volk" sei „eine Horde von Gleichgeschalteten", die einen „Führer" brauche, sagte Brugger und spielte auf die Zeit der NS-Diktatur in den Jahren 1933 bis 1945 an. Das habe in die Katastrophe geführt. „Das Volk ist tot, es lebe die Gesellschaft", so Brugger. Und die werde von Demokratie, Freiheit, Kultur und Vielfalt getragen.

Neben den markigen Worten konnten die Besucher der Maifeier viel erleben: Eine Drehleiter der Feuerwehr brachte die Gäste auf Wunsch in luftige Höhen und für Kinder war ein Trampolin aufgebaut. Schließlich spielte die Kelten-Rock-Band „Culnamara": Begleitet von den Pfeifen des Dudelsacks und dem Klirren der Bierkrüge ging die politische Debatte in ein zünftiges Fest über.

» Kommentar

Der 1. Mai

- Der 1. Mai ist in vielen Ländern als **Tag der Arbeit** oder Tag der Arbeiterbewegung bekannt. Oft finden **Kundgebungen** und **Demonstrationen** statt, bei denen es um Arbeitsbedingungen geht. Sie werden meist von **Gewerkschaften** ausgerichtet. In Deutschland ist der 1. Mai ein **gesetzlicher Feiertag**.
- Mitunter rufen auch **linksradikale Gruppen** zu Veranstaltungen auf, dabei kam es mehrfach zu **Zusammenstößen** mit der Polizei. (caj)

Bei uns im Internet
Viele weitere Fotos vom Umzug und der Maifeier finden Sie unter **nuz.de/bilder**

Allgäuer Zeitung, Kaufbeuren vom 02.05.2016

„Es läuft immens viel schief“

Maikundgebung Kaufbeurer DGB-Vorsitzende Paul Meichelböck beklagt Missstände. OB Bosse begrüßt Tarifabschluss

Kaufbeuren Eigentlich könnte alles gut sein. „Es gibt in Deutschland genügend Geld für alle“, sagt Paul Meichelböck, Vorsitzender des Kaufbeurer Ortsverbandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Doch das Problem liege darin, dass die Finanzmittel in den Händen derer sei, „die es nicht sinnvoll für die Gesellschaft ausgeben“. Weil sich daran nach wie vor nichts ändere, wartete Meichelböck gestern bei der DGB-Maikundgebung im Haus St. Martin mit allzu bekannten Themen auf: der Kapitalismus als „Motor der Ungleichheit“ oder auch die Diskussion um die Rente, die kürzlich wieder befeuert wurde.

Trotz des Reichtums in Deutschland seien Not und Armut an der Tagesordnung, erklärte Meichelböck, der vor gut 50 Zuhörern die Hauptrede hielt. Ein Anzeichen für die sozialen Probleme seien die „vielen Tafeln, die entstanden sind“. Wenn darüber hinaus die gesellschaftliche Aufgabe der Kindererziehung für Alleinerziehende – und das sind laut Meichelböck überwiegend Frauen – zum „Armutsrisiko Nummer eins“ werde, dann laufe nicht nur „ein bisschen was falsch, sondern immens viel“.

Oberbürgermeister Stefan Bosse lobte in seinem Grußwort die Gewerkschaften, die wichtig seien, um auf Missstände in der Gesellschaft hinzuweisen. Er ging vor allem auf die Einigung bei den Tarifgesprächen im Öffentlichen Dienst ein. Beschäftigte von Bund und Kommunen erhalten heuer 2,4 und im kommenden Jahr 2,35 Prozent mehr Lohn. „Das ist eine vernünftige Lösung“, so der Rathauschef. Mancher Kaufbeurer habe zwar vor allem angesichts der Kosten für den Neubau des Eisstadions *(wir berichteten)* Zweifel gehabt, ob die Verwaltung überhaupt noch die Löhne zahlen könne. Doch diese Bedenken seien unbegründet, so Bosse. Zwar habe die Stadt mit den Kliniken Ostallgäu-Kaufbeuren und dem immer noch hohen Defizit ein großes Sorgenkind. Denn kleine Veränderungen bei den Personalkosten hätten hier meist große Auswirkungen zur Folge. Trotzdem betonte der OB: „Wir sind mit den Tarifforderungen im Öffentlichen Dienst nicht überfordert.“ *(dr)*

„Die Moskitos“ mit Werner Pohl lockerten die Maikundgebung des Kaufbeurer DGB-Ortsverbandes mit kurzen Theatereinlagen auf. In dieser Szene moderiert Gretel Ribka (Mitte) ein eskalierendes Zwiegespräch zwischen einem fiktiven Pegida-Vertreter (rechts), dargestellt von Lennard Tietz, und Florian Seitz, der einen selbst ernannten Kalifen des sogenannten Islamischen Staates mimte.

Allgäuer Zeitung, Kempten vom 02.05.2016

Mehr und bessere Ausbildungsplätze

Gewerkschaften Jugendvertreter fordern bei Maifest vor dem Verdi-Haus höhere Qualität von Lehrstellen und Einsatz der Arbeitgeber bei Integration von Flüchtlingen. Und sie setzen ein Zeichen gegen rechte Hetze

VON SABINE BECK

Kempten Haben wir eine Flüchtlingswelle? Eine Flüchtlingskrise? Weder das eine, noch das andere, sagt Thim Albrecht von Verdi. Gemeinsam mit seinen Mitstreiterinnen Annalena Steidle (IG Metall) und Nadine Fink (NGG) bricht der Vertreter der Allgäuer Jugend im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) an diesem Sonntag eine Lanze. Für Menschen, die sich aus einer Situation der Gefahr auf den Weg ins Ungewisse gemacht haben. Und gegen rechte Hetzer, die Stimmung machen gegen Flüchtlinge.

F. Haggenmiller

Gemeinsam mit Florian Haggenmiller, gebürtiger Kemptener und DGB-Bundesjugendsekretär, stehen die jungen Leute und damit ihre Themen im Mittelpunkt des DGB-Maifests zum Tag der Arbeit. „Zeit für mehr Solidarität" ist das Motto und die fordern die jungen Gewerkschafter ein. Für ihre Ausführungen ernten sie von den rund 120 Zuhörern viel Beifall. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von der Band „Eins hoch 2" sowie Bettina und Reinhold Ohmayer.

Die Pegida mit ihren regionalen Ablegern und obendrauf die AfD: Für die Gewerkschaftsjugend geht davon eine große Gefahr aus, weil mit der Angst der Menschen vor dem sozialen Abstieg gespielt und Stimmung gemacht werde. Leider ließen sich immer mehr Menschen davon beeinflussen und trügen so bei zu einer sozialen Spaltung und damit dem Gegenteil der so dringend benötigten Integration. Diese schließt aus Gewerkschaftssicht natürlich die Betriebe mit ein. Die Forderung: Echte Chancen für Menschen mit Flüchtlings- und Migrationshintergrund und vor allem Schutz der Flüchtlinge vor Ausbeutung und prekärer Beschäftigung.

Ein Thema, das auch den Hauptreferenten im Zelt vor dem Verdi-Haus in der Hirnbeinstraße beschäftigt, als er über 41 000 Ausbildungsplätze spricht, die 2015 bundesweit unbesetzt blieben. Ist ein Jugendlicher also selbst schuld, wenn er in Sachen Ausbildung auf der Strecke bleibt? Keinesfalls, argumentiert Florian Haggenmiller und stellt den unbesetzten Plätzen 800 000 junge Leute gegenüber, die arbeiten möchten und Schlange stehen für einen Ausbildungsplatz. Zum einen gebe es viel zu wenig Lehrstellen für Deutschlands Jugend. Und zum anderen noch viel weniger Stellen, die auch qualitativ hochwertig seien. Zur Bekräftigung seiner Worte nennt Haggenmiller einige Zahlen. Er erklärt beispielsweise, dass 60 Prozent aller Kochazubis Überstunden machen müssten. Oder dass jeder zweite Auszubildende zum Restaurantfachmann abbreche, weil die Ausbildungsbedingungen unerträglich seien. Noch dazu käme, dass über 60 Prozent aller Ausbildungsplätze Jugendliche mit Hauptschulabschluss von vorn herein ausschließen würden. Der Bundesjugendsekretär des DGB fordert ein Ende des „Rosinenpickverfahrens" der Arbeitgeber und von der Politik die dringend notwendige Novellierung des Bundesausbildungsgesetzes. Nach langem Ringen erkenne er jetzt zumindest den Willen der Politiker, über die Qualität von Ausbildung zu sprechen.

Statements gegen Rassismus sammelte die Gewerkschaftsjugend am Tag der Arbeit, der unter dem Motto „zeit für mehr Solidarität" stand. Mit den Teilnehmern wurden dann Fotos gemacht. Unser Bild zeigt (von links) Kathrin, Thomas und Annalena, die ihre Statements Fotograf Manuel präsentierten. Fotos: Ralf Lienert

Sinkflug bei der Rente stoppen

Dietmar Jansen, erster Bevollmächtigter der IG Metall im Allgäu, hatte der Jugend den Vortritt gelassen. Doch bevor die Veranstaltung in ihren geselligen Teil übergeht, muss er doch noch einige Themen ansprechen, um „nicht zu platzen", wie er sagt. Dringlichst, betont er, müsse man jetzt den Sinkflug bei der gesetzlichen Rente stoppen und das Niveau wieder stabilisieren. Jansen geht auch auf die aktuellen Tarifauseinandersetzungen der IG Metall mit den Arbeitgebern ein. Und er kündigt an, dass die Gewerkschaft nun einen zusätzlichen Eskalationsschritt plant, den es bundesweit noch nie gegeben habe: 24-Stunden-Warnstreiks.

Memminger Kurier vom 04.05.2016

»Anerkannte Sozialstandards gemeinsam durchsetzen«

DGB-Maikundgebung stand unter dem Motto „Zeit für mehr Solidarität"

Memmingen – **Der angekündigte Familientag im Rahmen der Maifeierlichkeiten des Deutschen Gewerkschafts Bundes (DGB) auf dem Marktplatz mit Liedermacher und Zauberer Donatus und jeder Menge Kinderspass, fiel leider dem regnerischen Wetter zum Opfer. Die Veranstaltung wurde deshalb, ohne das Kinderprogramm, in das Foyer der Stadthalle verlegt.**

Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Stell dich mitten in den Wind" stimmte Liedermacher und Zauberer Donatus, als Moderator, die Besucher auf die etwas andere Maikundgebung des Gewerkschaftsbundes ein. Doch auch ohne Kinderprogramm gab es keine trockenen Funktionärsreden, vielmehr bestimmte eine heitere und fröhliche Atmosphäre die Veranstaltung. Ein freundschaftlich geführter Dialog mit Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger als Einstimmung zu Beginn zeigte, dass Lockerheit und Leichtigkeit den ernsthaften Hintergrund der Gespräche nicht beeinträchtigen muss. Auf die unvermeidliche Frage „Welches Geheimnis haben Sie, um so lange zu regieren?", antwortete der Rathauschef ausweichend mit ein paar Floskeln. Und nach seinen Hobbys befragt: „Wie wäre es, wenn Sie als Verwaltungsexperte nach Griechenland gehen würden", standen dann ernsthaftere Themen zur Beantwortung an. So beispielsweise „Wie definieren sie Solidarität heute?". Die schnelle Antwort: „In dem man zusammenhält und sich gegenseitig unterstützt".

Ludwin Debong, als DGB Kreisvorsitzender Allgäu, ging im Anschluss auf die politische Situation und die aktuellen Probleme in der Arbeitswelt ein. Beim Flüchtlingsthema zitierte Debong eine Umfrage, in der ermittelt wurde, dass 29 Prozent der Befragten notfalls auf Flüchtlinge schießen würden, um sie aufzuhalten. Auslöser für dieses wieder Erstarken der Unbelehrbaren sei zweifellos in hohem Maße das Wiedererstarken der Rechtsextremisten und ihrer rechtspopulistischen Steigbügelhalter von AfD, Pegida und Co. „Hier müssen wir Widerstand leisten", beschwor der Gewerkschaftschef die Anwesenden. Die Flüchtlingsbewegungen seien die Rechnung für „unsere" Globalisierungspolitik und für die Kriege mit „unseren" Waffen. Dauerhaft helfe hier nur ein spürbarer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Paradigmenwechsel. Wichtig sei fairer Handel statt freier Handel, sagte Debong. Sozial statt marktradikal laute die Forderung. Bei der Verteilungsproblematik des Vermögens setzt sich Debong dafür ein, dass

(Fortsetzung Seite 2)

Der Allgäuer DGB-Gewerkschaftschef Ludwin Debong (links), gab sich kämpferisch, wenn es um die Verbesserung der Arbeitsrechte ging. Rechts Liedermacher und Zauberer Donatus als Moderator.

Foto: Johannes Wiest

Flüchtlinge, sofern sie arbeiten, ebenso den Mindestlohn erhalten sollten wie die deutschen Kolleginnen und Kollegen. Dass der Mindestlohn bei uns durchgesetzt wurde schrieb er der Hartnäckigkeit der SPD zu. „Wir haben in der Region 15.000 Arbeiterinnen und Arbeiter die davon profitieren" so seine Aussage. Doch die derzeit gezahlten 8,50 Euro reichten lange nicht aus. Um ein auskömmliches Leben führen zu können, müsse der Mindestlohn ein Niveau von mindestens elf Euro erreichen. Bei den Arbeitsbedingungen geißelte der Gewerkschaftschef weiterhin die unfairen Arbeitsbedingungen. Deshalb müssten die Flächentarifverträge gestärkt und Billigjobs, Werksverträge und Leiharbeit kontinuierlich abgebaut werden. Bei der Mitbestimmung trete der DGB für einen Ausbau der Betriebsräte- und Personalräterechte ein. Auch beim Rententhema müsse jetzt endlich gegengesteuert werden, um ein höheres Rentenniveau zu erreichen. Das alles gelte auch für ein soziales, demokratisches und gerechtes Europa. „Wir sind nicht nur für Europa weil wir Frieden wollen, sondern wir setzen uns dafür ein, dass die anerkannten Arbeits- und Sozial-Standards europaweit durchgesetzt werden", sagte Debong. „Doch wir müssen gemeinsam dafür kämpfen. Wir brauchen keine Zuschauerdemokratie", betonte Donatus, bevor nach einer weiteren Musikeinlage Betriebsseelsorger Christian Dorn und Betriebsrat Philipp Mayer über ihre Erfahrungen und Widerstände in den Betrieben beim Thema Arbeitsbedingungen oder der Einhaltung der Sonntagsruhe sprachen.

(jw)

Kreisbote Kaufbeuren vom 02.05.2016

Mindestlohn, Rente und TTIP

Zeit für mehr Solidarität

02.05.16
Zum „Tag der Arbeit“ forderte der Kaufbeurer DGB-Vorsitzende Paul Meichelböck „Zeit für Solidarität“

Kaufbeuren – Die Kundgebung am 1. Mai zum „Tag der Arbeit“ hat auch in Kaufbeuren Tradition. Die Veranstaltung, organisiert vom DGB, stand unter dem Motto „Zeit für Solidarität“. Und so konnte DGB-Vorsitzende Paul Meichelböck zahlreiche Gäste begrüßen, die seinem Vortrag zu Mindestlohn, Rente und TTIP interessiert verfolgten. Für Unterhaltung sorgte ein Polit-Kabarett von Nachwuchskünstlern.

In seinem Grußwort zeigte sich OB Stefan Bosse erleichtert über den jüngsten Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst. Im Kaufbeurer Rathaus hatte man mit den 2,4 Prozent im laufenden Jahr bereits gerechnet. Es gebe aber noch Bereiche, die weiterhin aus Sicht der Stadt Sorge bereiten würden: „Die Klinikstruktur bringt weiterhin hohe Defizite und ein großer Posten bei den Ausgaben sind eben die Personalkosten.“ Ebenso besorgt sehe man die Schließung von Filialen und der Personalabbau der Banken und Sparkassen als Reaktionen auf die momentane Durststrecke bei den Zinsen. „Das Motto ‚Zeit für Solidarität‘ ist deshalb hochaktuell“, erklärte Bosse.

Hans Reich von der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung KAB will die Aufweichung des gesetzlich geschützten Sonntagsschutzes verhindern. Die zunehmende Digitalisierung bringe mehr Wettbewerb rund um die Uhr. „Aber bitte nicht am Sonntag“, so Bosse.

Aufgelockert wurde die Veranstaltung durch junge Künstler, dem „Mai-Kabarett“, durch eine gespielte Podiumsdiskussion zwischen einem Rechtspopulisten und einem dunkelhäutigen Vollbartträger mit Sonnenbrille. Einige Zuhörer applaudierten schon bei der Vorstellung des vermeintlichen, arabischen Flüchtlings. Dieser entpuppte sich allerdings als Vertreter des IS und mancher ließ verschämt die Hände sinken.

„Es gibt genug Geld in Deutschland“, versicherte Meichelböck. „Es ist aber nicht in den Händen der Menschen, die es für die Gesellschaft ausgeben“. Die Vermögensverteilung in Deutschland sei ungerecht, „der Staat muss etwas dagegen unternehmen“. Geld entstehe nur durch die Arbeit von Menschen, Geld alleine könne sich nicht vermehren. Dennoch werde menschliche Arbeit höher besteuert als Kapital. Dabei bekamen auch die SPD und Ex-Bundeskanzler Schröder als Urheber der Steuererleichterungen für Kapitalgesellschaften, Unternehmen und Vermögen ihren Rüffel vom Gewerkschaftsvertreter ab.

In der aktuellen Diskussion zum Freihandelsabkommen TTIP warnte Meichelböck vor dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und dem einseitigen Schutz von Kapitalinteressen. Es dürfe kein paralleles Rechtssystem geben, der Staaten entmündige. Beifall bekam der Gewerkschaftler für seine Beschwerde: „Zum Thema Mindestlohn bekomme ich aus den öffentlich-rechtlichen Medien regelmäßig nur Desinformationen, und dafür muss ich auch noch Beiträge bezahlen.“
Durch die Forderungen von Minister Schäuble zur Rente mit 70 zeige dieser nur, wie weit weg er von der Realität sei, wenn jeder fünfte Arbeitnehmer die 70 gar nicht erreiche.

Zusammenfassend sagte Meichelböck, Deutschland sei unzweifelhaft ein reiches Land. Gleichzeitig seien Not und Armut an der Tagesordnung. Es laufe etwas falsch in Deutschland: „Es ist Zeit für mehr Solidarität“.

Von Wolfgang Krusche

Allgäuer Zeitung - Markoberdorf vom Mai 2016

„Ein Parlament darf sich so etwas nicht bieten lassen“

DGB-Maikundgebung Hauptrednerin Dr. Sigrid Skarpelis -Sperk findet offene und mahnende Worte

Marktoberdorf Klare Worte nicht nur zum Thema TTIP fand die Hauptrednerin Dr. Sigrid Skarpelis -Sperk anlässlich der diesjährigen DGB-Maikundgebung am Sonntag im Marktoberdorfer Rathaussaal. Es sei „nicht mehr nachvollziehbar was sich gewählte deutsche Volksvertreter heutzutage gefallen ließen“, sagte die langjährige ehemalige SPD - Bundestagsabgeordnete (1980 bis 2005). „Wie kann man einer Sache zustimmen, die man vorher noch nicht einmal gesehen hat?“, fragte die engagierte Rednerin in die gut besuchte Runde und erntete damit kräftigen Applaus. Aber auch die kaum vorhandene Information zum Thema TTIP wurde deutlich kritisiert. So müssten Lehrer selbst recherchieren, da das Thema TTIP in keinem in Bayern zugelassenen Sozialkundelehrbuch erwähnt werde, ergänzte ein Gymnasiallehrer in der anschließenden Fragerunde.

Dr. Skarpelis -Sperk

Aber nicht nur das Freihandelsabkommen wurde thematisiert. Wie unschätzbar wichtig und für beide Seiten profitabel eine intelligente Integration von Zuwanderern sei, habe sie als Flüchtlingskind am eigenen Leibe erlebt, sagte Skarpelis-Sperk. Die 1945 in Prag geborene Politikerin sagte, sie wisse, was es heißt, nichts zu haben. „Mit denen spielt man nicht, dia hand it amol a Geiss“ musste sie damals aus dem Mund von Einheimischen hören. Nur durch gelungene Integration habe sich aber schlussendlich die „Allgäuer Erfolgsmischung“ gebildet – eine fruchtbare Kombination zwischen der einheimischen Landwirtschaft und industriellem Know-how, welches wiederum viele der damaligen Flüchtlinge mitgebracht hätten. Aber auch andere Faktoren seien für einen sozialen Frieden unabdingbar, so Skarpelis-Sperk. „Wer in Arbeit nur Kostenfaktoren sieht, handelt mit sozialem Sprengstoff und rüttelt an den Grundfesten unserer Zivilisation“, zitierte sie den ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau († 2006). Auch prekäre Arbeitsverhältnisse nahm sie ins Visier, bei denen die menschliche Arbeitskraft „wie eine Zitrone ausgepresst“ werde. Mit einem Appell für mehr und bessere Bildungsmöglichkeiten gerade auch für sozial Schwache schloss sich der Kreis der Maikundgebung des Marktoberdorfer DGB - Ortsverbandes. *(mo)*

Lindauer Zeitung vom Mai 2016

DGB fordert „Kurswechsel in der Alterssicherung“

Die Themen Rente, Altersarmut und Mindestlohn dominieren die Maikundgebung der Gewerkschaften in Lindau.

Von Ulrich Stock

LINDAU (ust) - „Es ist eine Schande für ein reiches Land, dass unsere Alten mit Almosen abgespeist werden. Viele, die Jahrzehnte gearbeitet haben, werden mit Grundsicherung im Alter verhöhnt“, hat David Schmitt am Sonntag bei der Maikundgebung in Lindau geschimpft. Im Nieselregen zog die Veranstaltung nicht viele Zuhörer in den Hafen.

Der Gewerkschaftsfunktionär, der beim DGB Bayern für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zuständig ist, berichtete, dass Rentenbeziehern immer häufiger die Altersarmut droht. In seiner Rede nannte Schmitt als Beispiel einen Drucker, der „nach 45 Jahren harter Arbeit“ demnächst in den Ruhestand gehen und lediglich rund 1000 Euro brutto an Rente erhalten werde, was gerade mal dem bayerischen Rentendurchschnitt für Männer entspreche. In Lindau gebe es laut Statistik mit 890 Euro noch weniger, für Frauen sogar nur knapp die Hälfte davon.

Längst habe sich die Politik „von dem Ziel einer den Lebensstandard sichernden Rente verabschiedet“, sagte der Gewerkschafter. Stattdessen werde die private Altersvorsorge propagiert, die sich viele, schon gar nicht die prekär Beschäftigten, nicht leisten könnten. Die Bundesregierung betone zwar immer wieder, dass die gesetzliche Rente für den größten Teil der Bevölkerung die wichtigste Säule der Altersversorgung sei, aber sie handle nicht danach. Vielmehr lasse sie Hunderttausende zielsicher die Altersarmut ansteuern. „Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Alterssicherung“, forderte Schmitt und appellierte gleichzeitig an die Gewerkschafter, gemeinsam dafür zu „kämpfen, dass wir eine Rente haben, die zum Leben reicht“ – passend zum diesjährigen Motto der Maikundgebungen „Zeit für mehr Solidarität“.

Als großen Erfolg bezeichnete der DGB-Funktionär die Durchsetzung des Mindestlohns. Davon profitierten bundesweit rund vier Millionen Menschen („mehr als jeder zehnte Beschäftigte“), die nun mehr Geld in der Tasche hätten. Nichts von den Horrorszenarien sei eingetreten – der Wirtschaft gehe es nicht schlechter, sondern besser als zuvor. Schmitt: „Wir haben nicht weniger, sondern mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.“ Der Gewerkschafter forderte weiteren einsatz, damit die Ausnahmeregelungen für rund 1,5 Millionen Beschäftigte – Langzeitarbeitslose, Praktikanten und Jüngere (unter 18 Jahre) – fallen und auch sie den Mindestlohn bekommen.

Gegen Lohndumping beim Bau

Michael Jäger, stellvertretender Vorsitzender der IG Bau im Bezirk Schwaben, ging in seinem Kurzreferat auf die boomende Bauwirtschaft und deren Schattenseiten, insbesondere das Lohndumping, ein. Denn größere Bauprojekte im Hochbau würden heutzutage oft mit osteuropäischen Leiharbeitern abgewickelt, so auch zurzeit beim Inselhallen-Projekt in Lindau. Selbstverständlich müsse die Stadt die Aufträge kostengünstig vergeben. „Wenn aber nichts fertig wird – man hört ja schon von insolventen Firmen beim Bau der Inselhalle – oder die Ausführung mangelhaft ist, wird es am Ende doch teurer“, sagte Jäger. Dabei könne man trotz EU-Vorgaben „bei geschickter Ausschreibung in kleineren Einheiten“ Unternehmen aus der Region berücksichtigen und so das Lohndumping weitgehend vermeiden.

Sie haben gemeinsam die Maikundgebung in Lindau gestaltet (von links): David Schmitt (DGB Bayern), Helmut Neudert (DGB Lindau), Michael Jäger (IG Bau) und Liedermacher Freddy Baumgartner FOTO: UST

Rund 50 Gewerkschafter waren zur Maikundgebung des DGB Lindau ins Café Graf gekommen und harrten bei sieben Grad Kälte und Nieselregen unter großen Schirmen aus. Dabei begrüßte DGB-Ortsvorsitzender Helmut Neudert auch Bürgermeister Uwe Birk, etliche SPD- und Bunte-Liste-Stadträte sowie den Vorsitzenden der SPD Lindenberg, Leo Wiedemann. Umrahmt wurde die Veranstaltung von Fritz Reutemann mit neuen Gedichten über Luxusrenten (Beispiel VW-Vorstände) und Profitsucht (Beispiel Briefkastenfirmen) sowie von Freddy Baumgartner, Liedermacher aus Mannheim mit Lindauer Wurzeln, der neben Protestsongs auch Traditionellesn wie das Lied von der „Spießbürger-Tugend“ aus dem Sozialdemokratischen Liederbuch von 1891 zum Besten gab.

Günzburger Zeitung

21.05.2016

Bauern wehren sich

Landwirtschaft im ruinösen Wettbewerb

Landkreis Der Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbands, Michael Wiedemann, sieht die Landwirte im Kreis Günzburg in einer bedrohlichen Lage. „Im Kampf um Marktanteile verschleudern die großen Handelskonzerne Aldi, Lidl, Edeka, Rewe und Co. immer öfter Lebensmittel zu Ramschpreisen. Das ist ein Grund dafür, dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte seit Wochen am Boden liegen. Damit wird die bäuerliche Landwirtschaft in der Region ruiniert", erklärt er in einer Mitteilung. Doch dieses Problem gehe nicht nur Bauern etwas an: Schließlich stehe mehr auf dem Spiel als die regionale Lebensmittelerzeugung. Es gehe um gutes Essen, um die Landschaft, um Heimat. „Bayern braucht Bauern!"

Darauf macht jetzt das „Bündnis für Bayern", ein Zusammenschluss von Verbrauchern, Verbänden und Vermarktungsorganisationen, mit einer gemeinsamen Unterschriftenaktion aufmerksam. Auch Wiedemann sammelt gemeinsam mit Landwirten und Unterstützern möglichst viele Unterschriften in der Region. „Nur wenn Verbraucher und Bauern zusammenhalten, können wir die Qualität unserer Lebensmittel und die Vielfalt in der Landwirtschaft Bayerns erhalten. Was wir brauchen, ist ein Umdenken an der Ladentheke und Unterstützung für regionale Erzeuger."

Die regionale Lebensmittelerzeugung müsse durch die Bayerische Verfassung gesichert, Rabattaktionen bei Grundnahrungsmitteln müssten verboten, kartellrechtliche Maßnahmen gegen die Übermacht der großen Handelskonzerne eingeleitet, bayerische Erzeugerorganisationen stärker unterstützt und bayerische Lebensmittel klar gekennzeichnet werden. Die Unterschriften sollen an Ministerpräsident Horst Seehofer und Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben werden, um gesetzliche Änderungen einzufordern. Mitmachen kann jeder unter der Internetadresse www.bayern-braucht-bauern.de. Alle Materialien gibt es auch bei der Geschäftsstelle des Bayerischen Bauernverbandes im Günzburger Stadtteil Reisensburg. *(zg)*

25.05.2016

Gewerkschaftsbund pflichtet Bauern bei

Der Kreisvorstand Günzburg des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) unterstützt den Protest des Bayerischen Bauernverbands und des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter gegen den Verfall der Milchpreise. Für eine qualitativ gute und nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung gelte das Gleiche wie für qualitativ gute und nachhaltige Arbeit: Sie sei nicht zum Billigtarif zu haben. Dumpingpreise hätten auf Dauer äußerst negative Auswirkungen und kämen volkswirtschaftlich unter dem Strich teurer als vernünftige Milchpreise oder Löhne, erklärt der DGB-Kreisvorsitzende Werner Gloning in einer Mitteilung. Die Lage der Milchbauern sei auch deshalb kritisch, weil sich der Lebensmitteleinzelhandel auf eine Handvoll Unternehmen konzentriere, die fast jeden Preis durchsetzten. *(zg)*